

# ZUKUNFT DER INFORMATIONSFRAKTRUKTUREN: DAS DEUTSCHE BIBLIOTHEKSWESEN IM DIGITALEN ZEITALTER

Bastian Drees

Technische Informationsbibliothek / Bibliotheksakademie Bayern

bastian.drees@gmx.de

---

## 1. Einleitung

Der digitale Wandel hat für tiefgreifende Veränderungen in der Wissenschaft gesorgt, die ebenso wie der Wandel selbst weit entfernt davon sind, als abgeschlossen gelten zu können. Publikationsformen und -verhalten, Kommunikations- und Informationstechnologien haben sich radikal verändert und sind in stetem Wandel begriffen, wodurch sich der wissenschaftliche Alltag sowie Bedarfe und Möglichkeiten der Wissenschaftlerinnen<sup>1</sup> grundlegend verändert haben und verändern. Da diese Veränderungen in erster Linie die Genese, Verfügbarkeit und Verbreitung von wissenschaftlichen Informationen betrifft, ist die wissenschaftliche Informationsinfrastruktur hiervon besonders betroffen bzw. besonders gefordert, diesen Wandel aktiv mitzugestalten und ihre Angebote und Dienstleistungen gemäß den veränderten Rahmenbedingungen zu erweitern und anzupassen. Die Entwicklung hin zur oft zitierten Informationsgesellschaft und der immer stärkere Fokus auf den Umgang mit und den Zugang zu Informationen insbesondere (aber nicht ausschließlich) in der Wissenschaft bietet hierbei enorme Chancen für wissenschaftliche Bibliotheken und andere Informationsinfrastruktureinrichtungen; gleichzeitig birgt sie jedoch auch Risiken z.B.

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden Bezeichnungen von Personengruppen entweder in der weiblichen oder männlichen Form verwendet. Personen anderen Geschlechts sind aber grundsätzlich mit gemeint.

durch das Auftauchen neuer – z.T. kommerzieller – Dienstleister, die viele klassische Bibliotheksaufgaben übernehmen oder gleich völlig obsolet machen (könnten).<sup>2</sup>

Viele Herausforderungen, die eine zunehmend vernetzte und digitale Welt an Informationsinfrastrukturen stellt, lassen sich nur kooperativ und arbeitsteilig bewältigen. Demgegenüber ist das Bild der deutschen Informationsinfrastruktureinrichtungen geprägt von föderalen Strukturen, wodurch ein einheitliches Vorgehen sowie eine Verzahnung im europäischen und internationalen Kontext erschwert wird.<sup>3</sup> Verschiedene Akteure der deutschen Wissenschaftslandschaft (u.a. Wissenschaftsrat (WR), Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) etc.) haben sich in den letzten zehn Jahren intensiv mit der Zukunft der Informationsinfrastruktur in Deutschland beschäftigt, um einerseits aktuelle Handlungsfelder zu identifizieren und andererseits ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das eine koordinierte und arbeitsteilige Bearbeitung der verschiedenen Bereiche ermöglicht.<sup>4</sup> Von zentraler Bedeutung sind insbesondere das 2011 im Auftrag der GWK von der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (KII) verfasste *Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland*<sup>5</sup> sowie die vom Wissenschaftsrat im darauffolgenden Jahr veröffentlichten *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020*.<sup>6</sup> Als Folge dieser Entwicklungen wurde im November 2014 der *Rat für Informationsinfrastrukturen* gegründet.<sup>7</sup>

Im Folgenden wird die wissenschaftspolitische Entwicklung hinsichtlich der Informationsinfrastrukturen in Deutschland anhand einiger zentraler Empfehlungen und Konzepte nachgezeichnet (Abschnitte 2 und 3), wobei das Hauptaugenmerk auf den beiden genannten Papieren, dem KII-Papier und den Empfehlungen des WR, sowie ihrer Rezeption und Auswirkungen liegt (Abschnitt 3). Anschließend werden

---

<sup>2</sup> Zu Herausforderungen und Chancen wissenschaftlicher Bibliotheken im Kontext des digitalen Wandels siehe u.a. Ceynowa (2015), Dugall (2015).

<sup>3</sup> Schon 2006 fordert die Bund-Länder-Kommission die Einrichtung „digital verteilter Systeme, um arbeitsteilig gesamtstaatliche Aufgaben“ zu erfüllen und kritisiert das Fehlen einer „übergreifenden strategischen Steuerung“. Bund-Länder-Kommission (2006, S. 3).

<sup>4</sup> Für einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich siehe u.a. Brünger-Weilandt (2015), Hohoff (2014).

<sup>5</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011).

<sup>6</sup> Wissenschaftsrat (2012).

<sup>7</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014).

die aus diesen Entwicklungen erwachsenden Chancen und Risiken für die Informationsinfrastruktureinrichtungen Deutschlands diskutiert (Abschnitt 4).

## 2. Neuausrichtung der Informationseinrichtungen

Spätestens um die Jahrtausendwende wurde offenkundig, dass die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung einen epochalen gesellschaftlichen Wandel bedeuten würde und dass der „Weg in die Informationsgesellschaft“ eine ähnliche Bedeutung für „den Lauf der Weltgeschichte“ haben würde wie „Buchdruck, Dampfmaschine und Telefon“.<sup>8</sup> Insbesondere der „Wandel vom gedruckten zum digitalen Medium, die gestiegenen Anforderungen an Aktualität und Verfügbarkeit und die rapide Zunahme der Informationsfülle“ wurden als „Anzeichen eines tiefgreifenden Wandels in der wissenschaftlichen Informationsversorgung“<sup>9</sup> gewertet. Daher legte die Bund-Länder-Kommission (BLK) im November 2006 einen Bericht über die *Neuausrichtung der öffentlich geförderten Informationseinrichtungen*<sup>10</sup> vor, dem in den folgenden Jahren eine ganze Reihe weiterer Berichte und Konzepte folgten.<sup>11</sup>

In diesem Bericht befasst sich die BLK mit den durch Digitalisierung und Vernetzung veränderten Anforderungen an die wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen. Der Fokus liegt darin, entsprechend des Aufgaben- und Kompetenzbereichs der BLK, auf den „von Bund und Ländern gemeinsam geförderten Fachinformationszentren und Zentralen Fachbibliotheken, die zusammen mit weiteren Informationseinrichtungen und Bibliotheken ein das gesamte wissenschaftliche Fächerpektrum abdeckendes System der überregionalen Informationsversorgung bilden“.<sup>12</sup> Dieser Bericht sieht „in der fehlenden übergreifenden strategischen Steuerung der Aktivitäten“ ein wesentliches Hemmnis, welches verhindert, dass „die Potentiale der bestehenden Infrastruktur“ realisiert werden. Daher empfiehlt die BLK „zur strategischen Steuerung und zur Koordinierung der Aufgaben der Informationseinrichtungen ein ständiges Gremium („Rat für Informationsinfrastruktur“) [einzurichten].“<sup>13</sup>

---

<sup>8</sup> Enquete-Kommission Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft (1998, S. 2).

<sup>9</sup> Wissenschaftsrat (2001, S. 5).

<sup>10</sup> Bund-Länder-Kommission (2006).

<sup>11</sup> Eine Übersicht über die Entwicklung bis 2011 findet sich u.a. in Griebel, Lipp & Tröger (2011) sowie Dugall (2011).

<sup>12</sup> Bund-Länder-Kommission (2006, S. 3).

<sup>13</sup> Bund-Länder-Kommission (2006, S. 3).

Der BLK-Bericht kann als Ausgangspunkt für viele der in der Folgezeit veröffentlichten Berichte und Empfehlungen gelten. Interessant ist in diesem Kontext insbesondere, dass bereits in diesem Bericht sowohl inhaltlich-thematisch als auch strukturell-organisatorisch viele Aufgabenfelder identifiziert sowie Empfehlungen geäußert werden, die identisch oder leicht abgewandelt in den meisten folgenden Papieren wieder aufgegriffen werden. Strukturell-organisatorisch ist dies insbesondere die Forderung nach einem zentralen Koordinationsgremium dem *Rat für Informationsinfrastruktur*. Darüber hinaus ist auch die Verwendung des Begriffs der *Informationsinfrastruktur* von Bedeutung, der den Blick auf die stärkere (nationale und internationale) Vernetzung von Informationseinrichtungen lenkt, mit dem Ziel einer umfassenden überregionalen Informationsversorgung für die Wissenschaft. Diese Vernetzung soll sowohl unter den Informationseinrichtungen als auch mit der Wissenschaft geschehen.<sup>14</sup> Der Bericht sieht somit „die Serviceeinrichtungen als Teil der nationalen Forschungsinfrastruktur“.<sup>15</sup> Inhaltlich-thematisch sind hier vor allem die Forderung nach verstärkter Nutzerorientierung<sup>16</sup> sowie Langzeitarchivierung, Lizenzierung, eScience und Open-Access richtungsweisend.<sup>17</sup> Auch erkennt der Bericht die Relevanz von Forschungsdaten und nicht-textuellen Medien.<sup>18</sup>

Nur wenige Monate zuvor, im Juni 2006, hatte die DFG ihr Positionspapier *Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme: Schwerpunkte der Förderung bis 2015*<sup>19</sup> veröffentlicht, welches den Themenkomplex aus förderpolitischer Perspektive behandelt. Der Aktionsplan des Positionspapiers sieht verschiedene Maßnahmen in den fünf Themenbereichen *überregionale Literaturversorgung, kulturelle Überlieferung, elektronisches Publizieren, Informationsmanagement* und *Internationale Zusammenarbeit* vor. Auch hier werden wesentliche Handlungsfelder benannt, die in den folgenden Jahren in verschiedenen weiteren Empfehlungen und Positionspapieren diskutiert werden. Unter anderem finden sich auch hier die Themenbereiche Lizenzierung, Open Access, „Langfristarchivierung“ und Virtuelle Forschungs- und Lernumgebungen. Ein

---

<sup>14</sup> Bund-Länder-Kommission (2006, S. 9-12).

<sup>15</sup> Bund-Länder-Kommission (2006, S. 3).

<sup>16</sup> Bund-Länder-Kommission (2006, S. 10).

<sup>17</sup> Bund-Länder-Kommission (2006, S. 12-14).

<sup>18</sup> Vgl. z.B. Expertenbericht von Lossau im Anhang von Bund-Länder-Kommission (2006, S. 23).

<sup>19</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft (2006).

stärkeres Gewicht im Vergleich zum Bericht der BLK wird auf die „Weiterentwicklung der Strukturen zur Bereitstellung von Forschungsprimärdaten“<sup>20</sup> gelegt.

Ein weiterer richtungsweisender Schritt war der Zusammenschluss von acht nationalen Wissenschaftsorganisationen<sup>21</sup> zur *Schwerpunktinitiative ‚Digitale Information‘ der Allianz-Partnerorganisationen*<sup>22</sup> im Jahr 2008. Hierin verständigten sich die Partnerorganisationen darüber, „ihre Aktivitäten und Ressourcen auf folgenden Handlungsfeldern zu koordinieren und zu bündeln: 1. Nationale Lizenzierungen, 2. Open Access, 3. Nationale Hosting-Strategie, 4. Forschungsprimärdaten, 5. Virtuelle Forschungsumgebungen, 6. Rechtliche Rahmenbedingungen“.<sup>23</sup> Diese Allianz war später ein wichtiger Partner in der Erstellung des KII-Papiers (s.u.).

### **3. Das KII-Gesamtkonzept und die Empfehlungen des Wissenschaftsrats**

Im März 2009 gründete die Leibniz-Gemeinschaft (WGL) auf Bitten der GWK die *Arbeitsgruppe Fachinformation* um ein „Gesamtkonzept für die Fachinformationsinfrastruktur in Deutschland“<sup>24</sup> zu erarbeiten. Eine „Sonderevaluierung eines Kompetenzzentrums für nichttextuelle Materialien an der TIB Hannover im Dezember 2009“ wird dabei als ein „Anlass für die Erteilung des Auftrags an die Leibniz-Gemeinschaft“<sup>25</sup> genannt. Daraufhin legte die AG Fachinformation dem Ausschuss der GWK das *Rahmenkonzept für die Fachinformationsinfrastruktur in Deutschland*<sup>26</sup> vor, welches aktuelle und zukünftige Aufgabenfelder der Informationsinfrastruktur benannte, allerdings nur „bezogen auf die interne Aufgabenverteilung innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft“. Daher wird die Erweiterung der „AG um weitere Akteure“ sowie des Rahmenkonzepts „zu einem nationalen Gesamtkonzept“ vorgeschlagen.<sup>27</sup> Die GWK folgte dieser Empfehlung und bat die WGL „auf dieser Grundlage“<sup>28</sup> und

---

<sup>20</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft (2006, S. 8).

<sup>21</sup> A.v.H-Stiftung, DAAD, DFG, FhG, HGF, HRK, WGL, MPG, WR.

<sup>22</sup> Allianz-Initiative Digitale Information (2008). Im Jahr 2012 beschlossen die Partnerorganisationen, die Schwerpunktinitiative auch in den Jahren 2013-2017 fortzusetzen: Allianz-Initiative Digitale Information (2012).

<sup>23</sup> Allianz-Initiative Digitale Information (2008, S. 2).

<sup>24</sup> Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009, S. 3).

<sup>25</sup> Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009, S. 24).

<sup>26</sup> Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009).

<sup>27</sup> Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009, S. 4).

<sup>28</sup> Gemeint ist das ‚Rahmenkonzept für die Fachinformationsinfrastruktur in Deutschland‘.

unter Einbeziehung von Vertretern der Nutzer ein Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland zu entwickeln.“ Ferner beauftragte sie den WR „Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Gesamtsystems der Fachinformationsinfrastruktur bis zum Jahr 2020 (einschließlich der Frage von Synergieeffekten) zu erarbeiten und in diesem Zusammenhang auch zum Konzept der WGL Stellung zu nehmen.“<sup>29</sup>

### 3.1 Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (KII)

Um dem Auftrag der GWK nachzukommen, ein nationales Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur zu erarbeiten, berief die WGL die *Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur* (KII) ein. Diese setzte sich aus 135 Personen aus 54 Institutionen unter dem Vorsitz der Geschäftsführerin des FIZ Karlsruhe, Sabine Brünger-Weilandt, zusammen. Damit repräsentierte die KII, laut WGL, „die maßgeblichen Akteure der Informationsinfrastruktur in Deutschland, und zwar sowohl die Dienstleister selbst als auch die Förderorganisationen ebenso wie die wissenschaftlichen Nutzer.“<sup>30</sup> Im April 2011 legte die KII ihr *Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland* vor. Darin wird Informationsinfrastruktur „als nationales, disziplinübergreifendes ‚Netz‘ von Einrichtungen“ definiert, deren Kernaufgabe „die Versorgung von Wissenschaft und Forschung mit Information und damit zusammenhängenden Dienstleistungen und Diensten“ ist und die diese „dezidiert in öffentlichem bzw. institutionellem Auftrag [...] wahrnehmen.“<sup>31</sup> Daher habe die KII dem Konzept „ein[en] ganzheitliche[n], strukturorientierte[n] Ansatz zugrundegelegt“<sup>32</sup>, der unter der Leitfrage steht: „Wie zentral muss die Struktur gesteuert werden, um dezentral funktionieren zu können?“<sup>33</sup>

Die KII identifiziert die acht Handlungsfelder 1. Lizenzierung, 2. Hosting/Langzeitarchivierung, 3. Nichttextuelle Materialien, 4. Retrodigitalisierung/Kulturelles Erbe, 5. Virtuelle Forschungsumgebungen, 6. Open Access, 7. For-

---

<sup>29</sup> Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2009); zitiert nach: Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 19).

<sup>30</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 5).

<sup>31</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 14-15).

<sup>32</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 8).

<sup>33</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 9).

schungsdaten und 8. Informationskompetenz/Ausbildung,<sup>34</sup> zu denen entsprechende Arbeitsgruppen ausführliche Berichte<sup>35</sup> erarbeiteten. Hierbei wurden fünf Handlungsfelder in Kooperation mit der Allianz-Schwerpunktinitiative Digitale Information bearbeitet.<sup>36</sup>

Bezüglich der Koordination des ‚nationalen Netzes‘ der Informationsinfrastruktur empfiehlt die Kommission eine zentrale Steuerung auf zwei Ebenen. Zum einen fordert die KII, wie fünf Jahre zuvor die BLK, die Einrichtung eines ‚Rates für Informationsinfrastruktur‘. Dieser soll als zentrales nationales Gremium die Entwicklung der Informationsinfrastruktur beobachten, koordinieren und gezielt vorantreiben. Zu diesem Zweck soll der Rat aus Vertretern der Informationsinfrastruktureinrichtungen, der Nutzer, von Bund und Ländern sowie der Forschungsförderer zusammengesetzt werden.<sup>37</sup> Darüber hinaus schlägt die KII eine zentrale Steuerung der acht Handlungsfelder durch eigens eingesetzte Koordinatoren vor. Die KII macht konkrete Vorschläge, welche Einrichtungen diese Rollen übernehmen sollen<sup>38</sup> und formuliert ein ausführliches Anforderungs- und Aufgabenprofil.<sup>39</sup> Insbesondere sollen die Koordinatoren für eine Vernetzung der Einrichtungen sowohl national, international und disziplinübergreifend als auch zwischen den einzelnen Handlungsfeldern sorgen.

Wie bereits in vorherigen Empfehlungen<sup>40</sup> nimmt das KII-Papier eine gesamtstaatliche, überregionale Perspektive ein und vernachlässigt dadurch lokale Strukturen insbesondere im Bereich der Hochschulbibliotheken. KII betont diesen Mangel ausdrücklich, sieht ‚für die Zukunft klaren Abstimmungsbedarf und weist darauf hin, dass sich die Hochschulen ebenfalls gezielt mit infrastrukturellen Themen und Aufgaben auseinandersetzen müssen.‘<sup>41</sup> Außerdem werden ausschließlich The-

---

<sup>34</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 25).

<sup>35</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. B1-B138).

<sup>36</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 8). Vgl. die Handlungsfelder in Allianz-Initiative Digitale Information (2008, S. 2) sowie in Allianz-Initiative Digitale Information (2012, S. 2).

<sup>37</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 68).

<sup>38</sup> 1. DFG; 2. FIZ Karlsruhe und Deutsche Nationalbibliothek; 3. TIB Hannover; 4. Bayerische Staatsbibliothek; 5. SUB Göttingen; 6. MPG/MPDL; 7. DFG und HGF; 8. HRK (Nummerierung entspricht den Handlungsfeldern).

<sup>39</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 54).

<sup>40</sup> Vgl. z.B. Bund-Länder-Kommission (2006) und Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009).

<sup>41</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 8).

menbereiche behandelt, die durch den digitalen Wandel neu entstanden sind, während klassische, nicht-digitale Aufgaben nicht berücksichtigt werden.<sup>42</sup> Mit diesen Einschränkungen nimmt die KII bereits einige Kritikpunkte vorweg, welche in der Folge von verschiedenen Seiten geäußert wurden.

#### *Reaktionen, Kritik und Stellungnahmen*

Das Gesamtkonzept der KII fand große Beachtung unter den (direkt oder indirekt) betroffenen Interessensgruppen, die verschiedene Stellungnahmen zum KII-Papier abgaben. Dabei besteht weitestgehend ein grundsätzlicher Konsens über die Relevanz der identifizierten Handlungsfelder. Widerspruch äußert sich dagegen eher bei der Frage, *wie* und durch *wen* die Bearbeitung, Koordination und Organisation der Handlungsfelder stattfinden solle, als bei der Frage, *welche* Handlungsfelder zu bearbeiten seien.

Insbesondere der Vorwurf, es seien „wichtige Beteiligte wie z.B. wissenschaftliche Gesellschaften, Hochschulverband, Wissenschaftsverlage und Bibliothekslieferanten nicht oder nicht ausreichend in den Prozess [...] eingebunden worden“<sup>43</sup> wird von verschiedenen Seiten geäußert. Darüber hinaus gibt es aber auch grundsätzliche Kritik. So vertritt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in seiner Stellungnahme zum KII-Papier die Auffassung, dass ein privatwirtschaftlicher Wettbewerb von Verlagen und Lieferanten viele Aufgaben effizienter lösen könne als die „öffentliche Hand“.<sup>44</sup> Er prognostiziert daher eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft, sollten zentrale Ergebnisse des KII-Papiers umgesetzt werden. So kritisiert er insbesondere die Lizenzierungspläne, welche die „Administrationsrealitäten“ nicht berücksichtigten und die „Nachhaltigkeit deutschsprachiger Wissenschaftszeitschriften“ gefährdeten, die Einschätzung des KII-Papiers zum Urheberrecht sowie die Open Access-Strategie, die zu einer Kostensteigerung bzw. „Kostenexplosion“ führen würde.<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 68).

<sup>43</sup> Börsenverein des Deutschen Buchhandels (2011, S. 1).

<sup>44</sup> Vgl. Börsenverein des Deutschen Buchhandels (2011, S. 1).

<sup>45</sup> Vgl. Abschnitte II.-V. Börsenverein des Deutschen Buchhandels (2011).

In der Stellungnahme der Hochschulbibliotheken<sup>46</sup> zum KII-Papier finden zwar alle Handlungsfelder grundsätzliche Zustimmung, es wird jedoch kritisiert, dass die Hochschulbibliotheken und ihre „maßgebliche Rolle für die lokale, regionale und überregionale Informationsversorgung“<sup>47</sup> nicht hinreichend berücksichtigt werde. Daher fordern die Hochschulbibliotheken eine stärkere Einbeziehung ihrer Kompetenzen und Erfahrungen, eine größere Einbindung in Entscheidungen und Koordinierungsaufgaben sowie ein größeres Mitspracherecht in den entsprechenden Gremien. Inhaltliche Kritik betrifft insbesondere den stark forschungsorientierten Blickwinkel des KII-Gesamtkonzeptes, der die „Anforderungen von Lehre, Studium und Weiterbildung“ an Informationseinrichtungen zu sehr in den Hintergrund treten lässt. Hier sei das Konzept entsprechend zu ergänzen und die besondere „Expertise der Hochschulbibliotheken ausdrücklich zu berücksichtigen.“<sup>48</sup>

Trotz vieler Kritikpunkte wurde die Bedeutung des KII-Papiers als „Grundlage für eine Diskussion über die Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands im Wettbewerb der Wissens- und Informationsgesellschaften“<sup>49</sup> allgemein anerkannt und hervorgehoben, dass mit diesem Konzept „zukunftsorientierte Perspektiven zur Weiterentwicklung der Informationsinfrastruktur zur Verfügung [stehen]“.<sup>50</sup>

### 3.2 Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Bereits im Januar 2011, drei Monate vor Veröffentlichung des KII-Papier, veröffentlichte der WR einen Band<sup>51</sup> mit drei Empfehlungen zu Spezialbereichen der Forschungsinfrastrukturen, namentlich zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems, zu wissenschaftlichen Sammlungen sowie zu Forschungsinfrastrukturen der Geistes- und Sozialwissenschaften, denen durch *Übergreifende Empfehlungen* ein gemeinsamer Rahmen gegeben wurde.<sup>52</sup> Darin werden vier Leitlinien für die „Gestaltung eines leistungsfähigen Informationsinfrastruktursystems“ aufgestellt:

---

<sup>46</sup> Sektion 4 im dbv (2012).

<sup>47</sup> Sektion 4 im dbv (2012, S. 6).

<sup>48</sup> Sektion 4 im dbv (2012, S. 6).

<sup>49</sup> Börsenverein des Deutschen Buchhandels (2011, S. 1).

<sup>50</sup> Sektion 4 im dbv (2012, S. 1).

<sup>51</sup> Wissenschaftsrat (2011a).

<sup>52</sup> Wissenschaftsrat (2011b), Wissenschaftsrat (2011c), Wissenschaftsrat (2011d), Wissenschaftsrat (2011e). Siehe auch Hohoff (2011), Schink & Grosskraumbach (2011), Dugall (2011).

- 1 - Die Gewährleistung der Verfügbarkeit von Informationsinfrastrukturen als unverzichtbarem Bestandteil des Wissenschaftssystems ist eine öffentliche Aufgabe.
- 2 - In Deutschland muss ein breites, funktionsgerechtes Angebot an Informationsinfrastrukturen erhalten bleiben und ausgebaut werden.
- 3 - Bei der Ansiedelung von Informationsinfrastrukturen sollten alle Sektoren des Wissenschaftssystems berücksichtigt werden; [...]
- 4 - Informationsinfrastrukturen sollten einer internationalen Nutzung offen stehen.<sup>53</sup>

Aufbauend auf diesen vier Empfehlungen spricht der WR im Juli 2012 seine *Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020*<sup>54</sup> aus, die wie von der GWK gefordert direkten Bezug auf das KII-Gesamtkonzept nehmen.

Einleitend formuliert der WR drei übergeordnete Empfehlungen, nach denen erstens Bund und Länder für eine „ausreichende Grundfinanzierung“ der Informationsinfrastruktureinrichtungen sorgen sollen, zweitens „ein übergeordnetes Koordinierungs- und Beratungsgremium“, d.h. ein Rat für Informationsinfrastrukturen, eingerichtet werden soll und drittens „strukturbildende Koordinierungsfunktionen über wettbewerbliche Verfahren zu organisieren“ seien, also durch entsprechende Förderaktivitäten der Forschungsförderer (z.B. DFG, BMBF).<sup>55</sup> Mit dem letzten Punkt widerspricht der WR ausdrücklich der von der KII angestrebten *top-down* Lösung, also dem Vorhaben, die Organisation der acht Handlungsfelder durch zentrale Koordinatoren zu steuern.

Das erklärte Ziel der Empfehlungen ist, eine verbesserte Koordination des Gesamtsystems der Informationsinfrastrukturen zu schaffen, um eine, vor dem Hintergrund sich dynamisch verändernder Anforderungen der Wissenschaft, notwendige Flexibilität zu erreichen. Dabei betont der WR die fundamentale Bedeutung der Informationsinfrastruktur für die Wissenschaft und identifiziert in zu wenig abgestimmten, auf einzelne Nutzergruppen beschränkten „Insellösungen“ sowie den föderalen Strukturen ein Innovations- und Effizienzhemmnis.<sup>56</sup> Um diese Probleme zu beheben empfiehlt der WR ein zweistufiges Koordinierungsmodell. Neue Aufgaben

---

<sup>53</sup> Wissenschaftsrat (2011e, S. 7).

<sup>54</sup> Wissenschaftsrat (2012).

<sup>55</sup> Wissenschaftsrat (2012, S. 8-9).

<sup>56</sup> Vgl. Wissenschaftsrat (2012, S. 22-24) und zur hemmenden Wirkung föderaler Strukturen: Wissenschaftsrat (2012, S. 62-63).

und Angebote sollen durch entsprechende Förderprogramme in wettbewerblichen Verfahren organisiert werden, während zur übergeordneten Koordination ein zentrales Gremium, der Rat für Informationsinfrastrukturen (RfII), empfohlen wird.

Der RfII soll laut den Empfehlungen des WR durch kontinuierliches Monitoring „für eine hinreichende Offenheit des Systems Sorge tragen“ und durch koordinierendes Eingreifen mögliche Synergien identifizieren und Doppelarbeit vermeiden.<sup>57</sup> Ferner soll er neue Initiativen anstoßen, eine Beratungsfunktion bei „Neugründungen, Schließungen und Zusammenführungen von Einrichtungen der Informationsinfrastruktur“ erfüllen, darin eine koordinierende Funktion zwischen Bund und Ländern einnehmen sowie als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Infrastruktureinrichtungen fungieren.<sup>58</sup> Mit der Empfehlung zur Einführung des RfII sowie in vielen weiteren Punkten folgt der WR dem Gesamtkonzept der KII. So stimmt der WR inhaltlich mit den aufgeführten acht Handlungsfeldern des KII-Papiers teils vollständig, teils „im Grundsatz“ überein. Darüber hinaus ergänzt er Empfehlungen zu klassischen, d.h. nicht-digitalen Aufgabefeldern der Informationsinfrastruktur, die im KII-Konzept explizit nicht berücksichtigt wurden.<sup>59</sup>

In der Formulierung der zukünftigen Aufgaben weicht der WR, aller inhaltlichen Parallelen zum Trotz, von jener der KII ab und beschreibt vier Aufgabefelder. Diese betreffen erstens die „Sammlung, Bewahrung und Zugänglichkeit nicht-digitaler Medien und Objekte“, zweitens die „digitale Transformation“, welche hier synonym verwendet wird für Retrodigitalisierung, drittens „Forschungsdaten“ und viertens die „Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit“.<sup>60</sup> Insgesamt vertritt der WR, wie schon die KII, einen stark forschungsorientierten Standpunkt, indem er Informationsinfrastrukturen als Teil der Forschungsinfrastrukturen definiert. Darunter versteht er „diejenigen teilweise einzigartigen Einrichtungen, Ressourcen und Dienstleistungen in öffentlicher oder privater Trägerschaft [...], die speziell für wissenschaftliche Zwecke errichtet [...] werden“ und deren Funktion es ist, „Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung zu ermöglichen oder zu erleichtern“.<sup>61</sup> Auch wenn

---

<sup>57</sup> Wissenschaftsrat (2012, S. 9).

<sup>58</sup> Zu den Aufgaben des RfII, siehe Wissenschaftsrat (2012, S. 81-84); zur Beratungsfunktion des RfII bei Neugründungen etc., siehe Wissenschaftsrat (2012, S. 63-64).

<sup>59</sup> Vgl. Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 8).

<sup>60</sup> Vgl. Wissenschaftsrat (2012, S. 45-61).

<sup>61</sup> Wissenschaftsrat (2011e, S. 16).

hier Lehre und Nachwuchsförderung angesprochen werden, ist in den Empfehlungen der forschungsorientierte Blickwinkel unverkennbar.<sup>62</sup> Dabei unterscheidet der WR vier Typen von Forschungsinfrastrukturen, nämlich „Großgeräte“, „informationstechnische und e-Infrastrukturen“, „soziale Infrastrukturen“ und „Informationsinfrastrukturen“.<sup>63</sup> Letztere sind nach dem Verständnis des WR

Forschungsinfrastrukturen, die für Forschung und Lehre relevante Träger von Daten, Informationen und Wissen „unter systematischen Gesichtspunkten sammeln, pflegen sowie für eine wissenschaftliche Nutzung bereit stellen und zugänglich machen.“<sup>64</sup>

Vor diesem Hintergrund adressiert der WR seine Empfehlungen direkt an die verschiedenen Entscheidungsträger und Betroffenen, namentlich an Bund und Länder, Forschungsförderer, Informationsinfrastruktureinrichtungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.<sup>65</sup> Diese Empfehlungen sind zum größten Teil sehr vage gehalten. So sollen Bund und Länder „wissenschaftsförderliche Konsortialmodelle“ sowie geeignete „Verfahrens-, Organisations- und Finanzierungsmodelle zur Verstetigung“ von projektförmigen Informationsinfrastrukturen entwickeln. Bemerkenswert ist besonders die Forderung zur Vermeidung von Dysfunktionalitäten „wissenschaftliche Infrastrukturen künftig vermehrt an Hochschulen [...] anzusiedeln“.<sup>66</sup> Hier wird die besondere Rolle der Hochschulen im Gesamtsystem der deutschen Informationsinfrastrukturen hervorgehoben, welche im KII-Konzept keine Rolle spielte. Zudem werden ausreichende personelle Ressourcen zur Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz an Schulen und Hochschulen gefordert.<sup>67</sup>

Ein wesentlicher Aspekt der Empfehlungen ist der Versuch Informationsinfrastrukturen disziplinübergreifend zu entwickeln. Der WR stellt daher einen neuen Ansatz der Unterscheidung von Forschungsformen vor, mit dem Ziel Insellösungen zu vermeiden und Synergien zu identifizieren. Dieser Ansatz abstrahiert von den

---

<sup>62</sup> Bereits die 2011 erschienenen Empfehlungen trugen den Begriff „Forschungsinfrastrukturen“ im Titel: Wissenschaftsrat (2011a).

<sup>63</sup> Wissenschaftsrat (2011e, S. 18).

<sup>64</sup> Wissenschaftsrat (2012, S. 16); darin zitiert Wissenschaftsrat (2011e, S. 18).

<sup>65</sup> Wissenschaftsrat (2012, S. 10-14).

<sup>66</sup> Wissenschaftsrat (2012, S. 10).

<sup>67</sup> Vgl. Wissenschaftsrat (2012, S. 11).

konkreten Forschungsinhalten und bezieht sich auf methodische Aspekte, wodurch eine bessere Aufgabenteilung der Informationsinfrastrukturen über Disziplingrenzen hinweg ermöglicht werden soll. Konkret unterscheidet der WR zwischen experimentierenden, beobachtenden, hermeneutisch-interpretierenden, begrifflich-theoretischen und gestaltenden Forschungsformen sowie Simulationen.<sup>68</sup>

Trotz der Fokussierung auf die Bedarfe der Forschung misst auch der WR der Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz eine zentrale Bedeutung bei. Dies sei eine Kulturtechnik, die „bereits im schulischen Fachunterricht erworben und im Rahmen jedes grundständigen Studienganges an Hochschulen vertieft“<sup>69</sup> werden müsse. Dabei betont er ausdrücklich die „gesellschaftliche Bedeutung“, welche der Medienbildung zukomme. In diesem Kontext hebt der WR die Bedeutung der Informationsinfrastrukturen für Studium, Lehre und Nachwuchsförderung sowie für gesellschaftliche Bereiche „außerhalb des Wissenschaftssystems“ hervor. Auch für diese Bereiche müsse die wissenschaftliche Infrastruktur zugänglich sein und es sollten für die Nutzung in der Regel keine oder nur geringe Gebühren erhoben werden.<sup>70</sup>

Die Empfehlungen des WR bilden im Vergleich zum KII-Papier einen breiteren und allgemeineren Rahmen, der das Gesamtsystem der Informationseinrichtungen in Deutschland und dessen Vielfalt stärker berücksichtigt, dadurch aber weniger konkrete Handlungsempfehlungen ausspricht. Während die KII in ihrem Gesamtkonzept von Informationsinfrastruktur ausschließlich im Singular spricht und den Plural nur verwendet, um hervorzuheben welche Infrastrukturen *nicht* im Konzept enthalten sind,<sup>71</sup> spricht der WR durchgängig im Plural und zeigt damit schon sprachlich, dass er sich nicht ausschließlich auf ein einziges überregionales Netz bezieht, sondern auch vielfältigere, lokale Strukturen mit berücksichtigt.

---

<sup>68</sup> Vgl. Wissenschaftsrat (2012, S. 35-37).

<sup>69</sup> Wissenschaftsrat (2012, S. 41).

<sup>70</sup> Vgl. Wissenschaftsrat (2012, S. 41-44).

<sup>71</sup> Die KII hebt an diesen Stellen den Plural besonders hervor; vgl. Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 8).

### 3.3 Rezeption und Folgen der Empfehlungen

In ihrer Stellungnahme<sup>72</sup> stimmt die DFG den zentralen Forderungen der Empfehlungen des WR zu. Sie betont die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Informationsinfrastruktureinrichtungen, die Notwendigkeit einer organisatorischen und finanziellen Abstimmung zwischen Bund und Ländern sowie die Forderung nach „stabile[n] Mechanisme[n]“ für den „Übergang von der Projektförderung zur Verstetigung einer Infrastruktur.“<sup>73</sup> Hier setzen allerdings auch die Hauptkritikpunkte ein. Das zweistufige Koordinierungsmodell sowie die Aussagen zum institutionellen Förder- und Finanzierungsmodell machten nicht ausreichend deutlich, wie eine Verstetigung vonstatten gehen soll. Außerdem müsse die Definition des RfII und seiner Aufgaben- und Kompetenzbereiche deutlich von denen der DFG abgegrenzt werden.<sup>74</sup>

Diese Kritik offenbart ein wesentliches strukturelles Problem der Empfehlungen des WR: während das Modell der KII eine reine *top-down* Steuerung (RfII und Koordinatoren) vorsieht, schlägt der WR eine Mischform aus *bottom-up* (Forschungsförderung) und *top-down* (RfII) Steuerung vor. Ohne eine klare Definition der Zuständigkeiten besteht hier die Gefahr von Disharmonien. Auch ist fraglich, auf welcher Grundlage eine zentrale Steuerung im föderalen System Deutschlands überhaupt möglich ist.<sup>75</sup> Vor diesem Hintergrund ist es zumindest zweifelhaft, ob und inwieweit der RfII die ihm zugedachte Koordinierungsfunktionen erfüllen kann.<sup>76</sup> Dennoch formulierten CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2013: „Gemeinsam mit den Ländern werden wir einen Rat für Informationsinfrastrukturen gründen, in dem sich die Akteure des Wissenschaftssystems über die Erarbeitung disziplinen- und institutionenübergreifender Strategien und Standards verständigen.“<sup>77</sup> Darüber hinaus wurde der RfII in der Digitalen Agenda 2014 der Bundesregierung genannt: „Der von Bund und Ländern beschlossene Rat für Informationsinfrastrukturen wird als übergeordnetes Koordinierungs- und Beratungsgremium die Weiterentwicklung

---

<sup>72</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft (2012).

<sup>73</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft (2012, S. 1).

<sup>74</sup> Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft (2012, S. 2).

<sup>75</sup> Vgl. die Diskussion der strukturellen Ebene in Abschnitt 4.

<sup>76</sup> Vgl. die Analyse dieses Problems bei Thiessen (2013, S. 77-78).

<sup>77</sup> CDU Deutschlands, CSU-Landesleitung und SPD (2013, S. 21).

der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur, z. B. durch Empfehlungen, unterstützen“.<sup>78</sup>

In der Folge wurde der RfII, bestehend aus je acht Vertretern der wissenschaftlichen Nutzer und der Informationsinfrastruktureinrichtungen, vier Vertretern von Bund und Ländern und vier Vertretern des öffentlichen Lebens von der GWK zunächst für eine Pilotphase von vier Jahren berufen.<sup>79</sup> Dieser gab im Juni 2015 seine Auftakterklärung<sup>80</sup> ab, in der er das Selbstverständnis seiner Aufgaben formuliert. Hauptaufgabe des RfII ist demnach die „Gestaltung zukunftsfähiger Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft“, wobei unter Wissenschaft sowohl Forschung als auch Lehre und Transfer von Wissen verstanden werden.<sup>81</sup> Auch der RfII versteht Informationsinfrastruktur als Teil der Forschungsinfrastruktur und definiert sie als „technisch und organisatorisch vernetzte Dienste und Angebote zur Arbeit mit wissenschaftlich relevanten Daten, Informationen und Wissensbeständen.“ Hierbei betont er insbesondere, dass bei den Aufgaben der Informationsinfrastrukturen Digitalität im Fokus stehe und betrachtet ihre Entwicklung vor dem Hintergrund des digitalen Wandels bzw. Transformationsprozesses. Darüber hinaus werden ihre Aufgaben als „primär Forschungszwecken“ dienend definiert.<sup>82</sup> Bis Oktober 2018 will der RfII Empfehlungen zu den fünf Themenbereichen a. Ausgangslage und Innovationspotenzial, b. Internationale Entwicklung, c. Governance der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur in Deutschland, d. Aufbau und Weiterentwicklung von Kompetenzen und e. Qualitätsmanagement erarbeiten.<sup>83</sup>

#### **4. Chancen und Risiken der aktuellen Entwicklungen**

Ungeachtet vieler Differenzen bezüglich inhaltlicher Ausrichtung und struktureller Organisation einer angestrebten optimalen Informationsinfrastruktur weist die skizzierte Entwicklung der vergangenen zehn Jahre in eine eindeutige Richtung. Auf einer abstrakten Ebene lassen sich einige Paradigmen identifizieren, die allen Empfeh-

---

<sup>78</sup> Die Bundesregierung (2014, S. 27).

<sup>79</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014); weitergehende Informationen zu Mitgliedern, Aufgaben etc. des RfII siehe auch: Rat für Informationsinfrastrukturen – Homepage.

<sup>80</sup> Rat für Informationsinfrastrukturen (2015).

<sup>81</sup> Rat für Informationsinfrastrukturen (2015, S. 2).

<sup>82</sup> Rat für Informationsinfrastrukturen (2015, S. 11).

<sup>83</sup> Rat für Informationsinfrastrukturen (2015, S. 5-6).

lungen, Grundsatz- und Positionspapieren von der „Neuausrichtung der öffentlich geförderten Informationseinrichtungen“ der Bund-Länder-Kommission bis zur Auftakterklärung des Rates für Informationsinfrastrukturen 2015 zugrunde liegen. Hierbei muss ferner zwischen einer inhaltlich-thematischen und einer strukturell-organisatorischen Dimension unterschieden werden.

*Inhaltliche Ebene: Ein (zu?) forschungszentrierter Ansatz*

Auf inhaltlicher Ebene können die Paradigmen als das Einbeziehen von Informationsinfrastrukturen in den gesamten Wissenschaftsprozess und als Orientierung am Nutzerbedarf beschrieben werden. Das erste Paradigma sieht Informationsinfrastruktur am gesamten Prozess wissenschaftlicher Arbeit (z.T. inklusive eigener Forschung und Entwicklung) beteiligt: Begonnen bei der Projektidee über die Roh- und prozessierten Daten, den wissenschaftlichen Diskurs, Publikation und Lehre.<sup>84</sup> Unter Nutzerbedarf wird insbesondere die von Raum und Zeit unabhängige Zugänglichkeit von Informationen sowie der Aufbau und die Bereitstellung innovativer Forschungsumgebungen gefasst. Alle Handlungs- oder Aufgabenfelder der oben zitierten Papiere können in diesem Kontext verstanden werden und inhaltlich sind diese, wie gesehen, weitestgehend konsensfähig und unstrittig. Nichtsdestotrotz bergen diese Paradigmen Risiken, die beim ersteren insbesondere in der Schwerpunktlegung liegen, beim letzteren in der Frage, welche Nutzer eigentlich gemeint sind.

Im nicht-digitalen Zeitalter bestand die Hauptaufgabe der Informationseinrichtungen darin, Informationen zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und zugänglich zu machen. Die Notwendigkeit, diese Bereiche zu erweitern, z.B. um den Themenkomplex Forschungsdaten, ist unbestritten. Dennoch besteht hier die Gefahr, dass das klassische Aufgabenspektrum, vor allem die Bereiche analoge Medien, Lehre und Weiterbildung, sowie die gesamtgesellschaftliche Bedeutung zunehmend aus dem Fokus verschwinden und so drohen, marginalisiert zu werden. Ähnlich gelagert sind mögliche Fehlentwicklungen hinsichtlich der Ausrichtung am Nutzerbedarf. Denn hier stellt sich die Frage ob diese sich am tatsächlichen Bedarf aller Nutzer oder nur dem einer Teilgruppe orientiert. Auch wenn praktisch alle Empfehlungen

---

<sup>84</sup> Vgl. zum wissenschaftlichen Gesamtprozess und der Rolle der Informationsinfrastruktur darin Abbildung 1 in: Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 13).

Studium und Lehre als Aufgabenfelder der Informationsinfrastrukturen benennen und ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung hervorheben, so lässt sich doch vielfach erkennen, dass die Bedarfe von Dozentinnen, Lehrern, Schülerinnen, Studenten oder interessierten Bürgerinnen denen der erklärten Hauptnutzer, nämlich Forschern und Wissenschaftlerinnen, deutlich nachgeordnet sind. Diese Perspektive mag für einige Einrichtungen sinnvoll und berechtigt sein, vernachlässigt aber die Belange weiter Teile der tatsächlichen Nutzerschaft anderer Einrichtungen, bspw. der Studenten an Hochschulbibliotheken.

*Strukturelle Ebene: Zentrale Koordination und/oder wettbewerbliche Verfahren*

Auf struktureller Ebene können die Paradigmen Vernetzung und Koordination unterschieden werden. Unter das erste Paradigma fällt die Vernetzung der Informationseinrichtungen untereinander und die Verzahnung ihrer Aufgaben, eine stärkere Kooperation mit der Wissenschaft, sowie die Einbindung in internationale Netzwerke. Unstrittig ist, dass eine stärkere Vernetzung auf allen Ebenen in einer immer vernetzteren Welt notwendig und sinnvoll ist. Darüber hinaus ist offenkundig, dass eine größere Vernetzung zwangsläufig der Koordination bedarf. Fraglich ist allerdings, wie eine solche idealerweise auszusehen hätte. Das Bibliothekswesen ist durchzogen von unterschiedlichen, historisch gewachsenen Strukturen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene und nicht zuletzt innerhalb einzelner Einrichtungen. Dazu kommen genauso vielfältige Aufgabenfelder und Kompetenzbereiche und dies vor dem Hintergrund heterogener rechtlicher Rahmenbedingungen; bspw. dem Urheberrecht auf internationaler Ebene oder den föderalen Strukturen Deutschlands auf nationaler Ebene.

Ein zentrales Gremium kann dabei prinzipiell ein gutes Instrument sein, um für ein funktionierendes Gesamtsystem aus Informationsinfrastruktureinrichtungen zu sorgen, die sich, vernetzt und aufeinander abgestimmt, durch eine effiziente Arbeitsteilung auszeichnen und so Synergien erzeugen. Ob allerdings der 2014 gegründete RfII dazu geeignet ist, darf zumindest bezweifelt werden. Ohne einen klar definierten Aufgaben- bzw. Kompetenzbereich, ohne verbindliche Empfehlungen abgeben zu können und ohne entsprechende Finanzmittel ausgestattet, ist es fraglich, inwiefern der RfII tatsächlich eine koordinierende Funktion erfüllen kann. Darüber

hinaus steht ein zentral, koordinierendes Gremium im Gegensatz zu den Zielen der Föderalismusreform von 2006, die eine Entflechtung der Kompetenzbereiche von Bund und Ländern vorsieht. Dies äußert sich insbesondere darin, dass die Gesetzgebungskompetenzen und Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik beschnitten wurden sowie im sogenannten Kooperationsverbot.<sup>85</sup> Die gemeinsame Finanzierung und Förderung von Initiativen sind Gemeinschaftsaufgaben, die in Art. 91b GG zwar vorgesehen sind, aber nur im Rahmen von „Vorhaben“, d.h. Projekten.<sup>86</sup> Daher ist aus heutiger Sicht unklar, wie der RfII seine Aufgaben erfüllen kann, während die tatsächlichen Entscheidungskompetenzen, Zuständigkeiten und Finanzmittel in anderen Händen liegen. Ob bei diesen die koordinierende Funktion des RfII auf Akzeptanz trifft und seinen Empfehlungen im Einzelnen gefolgt wird, hängt somit auch von der Konsensfähigkeit seiner Empfehlungen ab. Zudem besteht bei jeder Form zentraler Steuerung das Problem der Trägheit des Gesamtsystems sowie die Gefahr einer fehlenden Akzeptanz an der Basis (d.h. bei den einzelnen Informationseinrichtungen sowie den Wissenschaftlern), und einer Planung an deren Bedürfnissen vorbei.

Bei einer Koordination durch wettbewerbliche Verfahren der Forschungsförderer bestehen diese Probleme nicht (in solchem Ausmaß). Initiativen mit Projektcharakter ermöglichen flexible, schnelle und effiziente Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen, Trends und Anforderungen. Außerdem gehen sie von den individuellen Einrichtungen aus und entsprechen somit eher den individuellen Bedürfnissen. Hier stellt sich allerdings die Frage der Nachhaltigkeit solcher Initiativen. Ohne klare Regelungen der Anschlussfinanzierung, also für den Übergang vom Projekt zur dauerhaften Dienstleistung, haben solche Vorhaben nur eine kurz- oder mittelfristige Wirkung. Dies wäre eine Entwicklung, die umso problematischer wäre, als dass „Nachhaltigkeit“ als zentrales Charakteristikum von Bibliotheken, Archiven und Museen gilt und auch in Zukunft gelten wird. So betont zum Beispiel der RfII, sich „mit dem Themenkomplex ‚Forschungsdaten – Nachhaltigkeit – Internationalität‘ ausei-

---

<sup>85</sup> Zu den Auswirkungen der Föderalismusreform auf Wissenschafts- und Bildungspolitik siehe z.B. Seckelmann (2010), Seckelmann (2011), Münch (2011).

<sup>86</sup> Vgl. Thiessen (2013, S. 77-80).

nersetzen“ zu wollen.<sup>87</sup> Es geht hier mithin um den Wesenskern der Informationseinrichtungen selbst. Auch bergen wettbewerbliche Verfahren die grundsätzliche Gefahr, große und ohnehin leistungsstärkere Einrichtungen gegenüber mittleren und kleinen Einrichtungen zu bevorzugen und damit für ein wachsendes Ungleichgewicht zu sorgen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kann ein Ansatz, wie vom WR vorgeschlagen, der beide Steuerungsmechanismen miteinander verbindet, ein erfolgsversprechendes Modell darstellen, sofern sich beide sinnvoll ergänzen und die jeweiligen Stärken des einen die Schwächen des komplementären Ansatzes auffangen. Ob dies durch den jetzt eingeschlagenen Weg zu erreichen ist, kann sich nur in der Praxis zeigen und sollte weiterhin von Seiten aller Beteiligten kritisch begleitet und hinterfragt werden, um gegebenenfalls notwendige Korrekturen durchzuführen. Problematisch erscheint dabei aus heutiger Sicht insbesondere die unklare Zuständigkeits- und Kompetenzbeschreibung des RfII einerseits sowie das Fehlen tragfähiger Mechanismen zur Verstetigung geförderter Projekte andererseits.

*Gesamtkonzept: Wie „gesamt“ soll ein Konzept sein?*

Die deutsche Landschaft der Informationseinrichtungen zeichnet sich durch eine extreme Vielfalt aus, sowohl hinsichtlich finanzieller und personeller Ressourcen als auch bezüglich der fachlichen Spezialisierung und dem geografischem Bezug bzw. Aufgaben- und Wirkungsbereich. Extrem spezialisierten, auf Regionalaufgaben beschränkten Bibliotheken stehen global agierende Einrichtungen mit enormen Personal- und Finanzmitteln gegenüber. Naturgemäß kann kein Konzept dieses breite Spektrum in allen Facetten betrachten, dennoch ist in der aktuellen Entwicklung eine starke Fokussierung auf überregionale Aufgaben zu konstatieren, welche eine Marginalisierung von Spezial-, Rand- und Regionalaufgaben befürchten lässt. Um dies zu verhindern muss der angestoßene wissenschaftspolitische Prozess auf ein breiteres Fundament gestellt werden, indem mehr Vertreter unterschiedlicher Interessensgruppen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Hier sind insbesondere die Hochschulbibliotheken zu nennen, die weiterhin stark unterrepräsentiert sind: So

---

<sup>87</sup> Rat für Informationsinfrastrukturen (2015, S. 2); zum „Kultur-Code,Nachhaltigkeit“ der „Digitalen Bibliothek der Zukunft“ siehe auch Wawra (2008, S. 181-184).

befindet sich nur ein Vertreter einer Universitätsbibliothek in dem vierundzwanzigköpfigen RfII. Dies verwundert auch hinsichtlich der erklärten Absicht aller Beteiligten, die Neuausrichtung der Informationseinrichtungen am Nutzerbedarf zu orientieren. Denn ein großer Teil der Nutzer der Informationseinrichtungen arbeiten, lehren, forschen und studieren an den Hochschulen, weshalb die Erfahrungen der Hochschulbibliotheken hier von besonderer Bedeutung sind.<sup>88</sup>

Andererseits zeigt ein Blick auf die zurückliegende Entwicklung einen optimistisch stimmenden Trend zur Erweiterung des Fokus. Konzentrierten sich das *Neuausrichtungs*-Papier der BLK und das *Rahmenkonzept* der AG Fachinformation<sup>89</sup> noch ausschließlich auf die überregionalen Informationseinrichtungen der WGL, so waren bereits 54 Einrichtungen in der KII beteiligt. In den Empfehlungen des WR wird dieser Blick noch weiter ausgedehnt und z.B. die vermehrte Ansiedelung wissenschaftlicher Informationsinfrastrukturen an Hochschulen empfohlen.

## 5. Fazit

Die hier aufgezeigten wissenschaftspolitischen Entwicklungen seit Beginn des Jahrtausends zeugen von einem tiefgreifenden Umbruch, in dem sich die Informationsinfrastruktureinrichtungen befinden. Mit den Empfehlungen des WR und dem KII-Papier liegen umfangreiche und richtungsweisende Beiträge vor, die von großer Bedeutung als Grundlage des aktuellen Diskurses und der aktuellen Entwicklung sind. Vielen Kritikpunkten und Ungeklärtheiten zum Trotz kommt ihnen das Verdienst zu, Leitlinien für weitere Schritte geschaffen zu haben. Nicht zuletzt wurde durch die bisherige Entwicklung ein Bewusstsein für die notwendige Neuausrichtung der Informationsinfrastrukturen bei allen Beteiligten, bis hin zu den politischen Entscheidungsträgern geweckt. Dies findet seinen Ausdruck u.a. darin, dass die Thematik sowohl im Koalitionsvertrag von 2013 als auch in der *Digitalen Agenda 2014-2017*<sup>90</sup> behandelt wird. Die Entwicklung zeigt damit deutlich den Stellenwert der Informationsinfrastrukturen für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft und gibt Anlass zur Hoffnung.

---

<sup>88</sup> Hohoff (2014, S. 87-88).

<sup>89</sup> Bund-Länder-Kommission (2006); und Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009).

<sup>90</sup> CDU Deutschlands, CSU-Landesleitung und SPD (2013) und Die Bundesregierung (2014).

Zukünftig wird von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, die Koordination der Informationsinfrastrukturen in Deutschland in einer Weise zu organisieren, dass überregionale Aufgaben effizient und arbeitsteilig wahrgenommen werden ohne dabei dezentrale, regionale und lokale Strukturen zu vernachlässigen. Also Steuerungsmechanismen zu entwickeln, die der Leitfrage des KII-Papiers („Wie zentral muss die Struktur gesteuert werden, um dezentral funktionieren zu können?“<sup>91</sup>) gerecht werden. Dies kann nur gelingen, wenn hier die Kompetenzen und Erfahrungen gerade solcher lokaler, regionaler Informationsinfrastrukturen stärker in die (Entscheidungs-) Prozesse eingebunden werden. Darüber hinaus wird zu klären sein, wie Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern konkret aussehen können, um im Einklang mit der grundgesetzlich geregelten Aufgabenteilung zu stehen.

Ein wirkungsvolles Instrument, um dynamisch und flexibel auf neue Anforderungen an die Informationsinfrastrukturen reagieren zu können und innovative Dienstleistungen zu entwickeln, stellt die Projektförderung dar. Hier fehlen jedoch bislang klare Regelungen und nachhaltige Mechanismen, um auf diese Weise entwickelte Angebote zu verstetigen und in einen durch die Grundfinanzierung gedeckten Dauerbetrieb übergehen zu lassen.

Auch der stark auf Wissenschaft und Forschung orientierte Blickwinkel der aktuellen Entwicklung muss erweitert werden und stärker als bisher die besonderen Bedarfe in Lehre, Studium und nicht-akademischer Weiterbildung berücksichtigen. Hier spielen insbesondere die Hochschulbibliotheken eine zentrale Rolle, da sie als wichtigste Schnittstelle zwischen Forschung und Lehre auf diesen Gebieten einzigartige und langjährige Erfahrungen und Expertisen besitzen. Nur auf diese Weise kann die besondere gesamtgesellschaftliche Bedeutung der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktureinrichtungen auch in Zukunft gewahrt bleiben und ein ganzheitliches Angebot geschaffen werden.

Um eine funktionsfähige, effiziente und vor allen Dingen nachhaltige Informationsinfrastruktur in Deutschland zu schaffen, bedarf es eines breit angelegten Diskurses, in dem die Interessen aller Beteiligten und die Vielfalt der von Informationseinrichtungen wahrgenommenen Aufgabe hinreichend berücksichtigt werden.

---

<sup>91</sup> Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011, S. 9).

## Literatur

- Allianz-Initiative Digitale Information (2008). Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz-Partnerorganisationen.  
[www.allianzinitiative.de/fileadmin/user\\_upload/redakteur/pm\\_allianz\\_digitale\\_information\\_details\\_080612.pdf](http://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/redakteur/pm_allianz_digitale_information_details_080612.pdf) (abgerufen am 22.11.2015).
- Allianz-Initiative Digitale Information (2012). Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Fortsetzung der Zusammenarbeit in den Jahren 2013 bis 2017.  
[www.allianzinitiative.de/fileadmin/user\\_upload/redakteur/Schwerpunktinitiative\\_2013-2017.pdf](http://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/redakteur/Schwerpunktinitiative_2013-2017.pdf) (abgerufen am 22.11.2015).
- Arbeitsgruppe Fachinformationsinfrastruktur (2009). Rahmenkonzept für die Fachinformationsinfrastruktur in Deutschland. Vorlage zur Sitzung des Ausschusses der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder (GWK). [www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/Rahmenkonzept-WGL.pdf](http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/Rahmenkonzept-WGL.pdf) (abgerufen am 22.11.2015)
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels (2011). Stellungnahme zum Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland (KII-Papier).  
<http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Stellungnahme%20KII%2020111008.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Brünger-Weilandt, S. (2015). Informationsinfrastruktur - eine Standortbestimmung. In: K. Ceynowa & M. Hermann (Hrsg.): Bibliotheken: Innovation aus Tradition. Rolf Griebel zum 65. Geburtstag. (S. 138–150). Berlin, Boston: De Gruyter Saur.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014). Pressemitteilung: 112/2014.  
<https://www.bmbf.de/de/wissen-digital-besser-erschliessen-740.html> (abgerufen am 22.11.2015).
- Bund-Länder-Kommission (2006). Neuausrichtung der öffentlich geförderten Informationseinrichtungen. Abschlussbericht. [http://www.bildungsserver.de/pdf/blkmat\\_heft138.pdf](http://www.bildungsserver.de/pdf/blkmat_heft138.pdf) (abgerufen am 22.11.2015).
- CDU Deutschlands, CSU-Landesleitung und SPD (2013). Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode.  
<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Ceynowa, K. (2015). Wissen und Information im Digitalen Zeitalter - Herausforderungen und Chancen für die Bibliothek der Zukunft. In: R. Griebel, H. Schäffler & K. Söllner (Hrsg.): Praxishandbuch Bibliotheksmanagement. (S. 999–1012) Berlin, Boston: De Gruyter Saur.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (2006). Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme: Schwerpunkte der Förderung bis 2015.  
<http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (2012). Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur „Weiterentwicklung der Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020“.  
[http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/stellungnahme\\_dfg\\_informationsinfrastrukturen.pdf](http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/stellungnahme_dfg_informationsinfrastrukturen.pdf) (abgerufen am 22.11.2015).
- Die Bundesregierung (2014). Digitale Agenda 2014 - 2017.  
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/digitale-agenda-2014-2017> (abgerufen am 22.11.2015).
- Dugall, B. (2011). Informationsinfrastrukturen gestern, heute, morgen. Anmerkungen zu Empfehlungen des Wissenschaftsrates. *ABI Technik*, 31(2), 92–107. [doi:10.1515/abi.2011.013]
- Dugall, B. (2015). Der Einfluss von Informations- und Kommunikationstechnologien auf Dienste, Arbeitsabläufe und Organisation von Bibliotheken. K. Ceynowa & M. Hermann (Hrsg.): Bibliotheken: Innovation aus Tradition. Rolf Griebel zum 65. Geburtstag. (S. 151–166). Berlin, Boston: De Gruyter Saur.
- Enquete-Kommission Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft (1998). Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft. [dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/110/1311004.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/110/1311004.pdf)
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2009). Beschluss zu TOP 9 (Fachinformationsinfrastruktur) der Ausschuss-Sitzung am 29./30. September 2009.
- Griebel, R., Lipp A. & Tröger B. (2011). Einführung: Den Wandel gestalten – Informations-Infrastrukturen im digitalen Zeitalter. *ZfBB*, 58(3-4), 116–119.

- Hohoff, U. (2011). Bessere Infrastrukturen für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung. *ABI Technik*, 31(1), 2–10. [doi:10.1515/abi.2011.004]
- Hohoff, U. (2014). Zukünftige Aufgaben für Hochschulbibliotheken in Deutschland. In: K. Söllner & W. Sühl-Strohmeier (Hrsg.): *Handbuch Hochschulbibliothekssysteme. Leistungsfähige Informationsinfrastrukturen für Wissenschaft und Studium*. (S. 72–88). Berlin, Boston: De Gruyter.
- Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (2011). *Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland. Empfehlungen der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder*. [http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/Infrastruktur/KII\\_Gesamtkonzept.pdf](http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Infrastruktur/KII_Gesamtkonzept.pdf) (abgerufen am 22.11.2015).
- Münch, U. (2011). Bildungsföderalismus im Hochschulbereich. *Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung*, 2011(1), 38–49.
- Rat für Informationsinfrastrukturen - Homepage. <http://www.rfii.de> (abgerufen am 21.05.2016).
- Rat für Informationsinfrastrukturen (2015). Auftakterklärung 2015. <http://www.rfii.de/?wpdmdl=1810> (abgerufen am 21.05.2016).
- Schink, B. & Grosskraumbach, I. (2011). Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen. *Curiositas: Jahrbuch für Museologie und museale Quellenkunde*, 11, 69–74.
- Seckelmann, M. (2010). Konvergenz und Entflechtung im Wissenschaftsföderalismus von 1998 bis 2009 - insbesondere in den beiden Etappen der Föderalismusreform. In: M. Seckelmann, S. Lange & T. Horstmann (Hrsg.): *Bibliotheken gestalten Zukunft. Kooperative Wege zur Digitalen Bibliothek*. (S. 65–90). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Seckelmann, M. (2011). Transparenzschaffung oder neue Intransparenzen? Eine Bilanz der Föderalismusreform (2006/09) im Bereich der Wissenschaftspolitik. *Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung*, 2011(1), 19–37.
- Sektion 4 im dbv (2012). Die Hochschulbibliotheken und die Entwicklung der Informationsinfrastrukturen in Deutschland. Stellungnahme der Hochschulbibliotheken in der Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) zu den Empfehlungen der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur (Gesamtkonzept der KII). [http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user\\_upload/Sektionen/sektion4/Publikation%20en/2012\\_05\\_30\\_Stellungnahme\\_HSB\\_zuKII\\_finale\\_Version.pdf](http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/Sektionen/sektion4/Publikation%20en/2012_05_30_Stellungnahme_HSB_zuKII_finale_Version.pdf) (abgerufen am 22.11.2015).
- Thiessen, P. (2013). Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ‚zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020‘: Inhalt und Kritische Bewertung im Hinblick auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen. *Perspektive Bibliothek*, 2(1), 59–92. [doi:10.11588/pb.2013.1.10346]
- Wawra, S. (2008). ‚In Libraries We trust‘ - Thesen für eine Digitale Bibliothek der Zukunft. In: E. Hutzler, A. Schröder & G. Schweikl (Hrsg.): *Bibliotheken gestalten Zukunft. Kooperative Wege zur Digitalen Bibliothek*. (S. 173–184). Universitätsverlag Göttingen.
- Wissenschaftsrat (2001). Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4935-01.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Wissenschaftsrat (2011a). Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen. Köln: Geschäftsstelle des WR.
- Wissenschaftsrat (2011b). Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen in den Geistesund Sozialwissenschaften. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10465-11.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Wissenschaftsrat (2011c). Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastrukturen. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10464-11.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Wissenschaftsrat (2011d). Empfehlungen zur Zukunft des bibliothekarischen Verbundsystems in Deutschland. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10463-11.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).
- Wissenschaftsrat (2011e). Übergreifende Empfehlungen zu Informationsinfrastrukturen. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10466-11.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).

Wissenschaftsrat (2012). Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020.  
<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2359-12.pdf> (abgerufen am 22.11.2015).